



## Von Palästina auf die Krim. Rückblick auf ein vergessenes Kapitel aus der Geschichte der Kibbutzbewegung

*Götz Hillig*

*Philipps-Universität Marburg*

### *Abstract*

Before the Israeli kibbutzim – egalitarian and socialist communities within a capitalistic society – developed in the 1930s into large communes with several hundred inhabitants, there was a precursor organisation in Palestine called the Labour Legion (Gdud ha-avoda) and dedicated to the same ideals but which initially chose not to establish a permanent settlement. Its members worked on various construction sites across the country and led their lives in accordance with socialist principles. The members of the Legion's communist wing expelled in 1927 for ideological reasons decided to resettle in the Soviet Union, where they were allocated land in the Crimea. These former members of the Legion were able to establish a flourishing agricultural commune there. The paper presented here describes and analyses the history and the failure of this settlement experiment. It is based on the source materials that have been hitherto unknown.

### 1 Einleitung

Bei den *Kibbutzim*<sup>1</sup>, jenen sozialistischen Enklaven in der kapitalistisch geprägten israelischen Gesellschaft, handelt es sich, wie es in der Einleitung zu einem in der Bundesrepublik Deutschland 1982 erschienenen und seinerzeit weit verbreiteten Buch mit dem Titel „Das Kibbutz-Modell“ heißt, um „eines der bestuntersuchten Gesellschaftssysteme der Erde“ (Heinsohn 1982: 7). Im Verlauf ihrer fast hundertjährigen Geschichte haben diese als egalitäre, herrschaftsfreie Kommunen gegründeten und vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Siedlungen ohne Privatbesitz und mit kollektivem Konsum jedoch sukzessiv an Bedeutung verloren. Während die Kibbutzim in der Zeit des britischen Mandats mit Hilfe der gleichsam legalen Praxis der Landnahme („Eroberung des Bodens durch Arbeit“) eine entscheidende Rolle für den Aufbau, die Gestaltung und Sicherung des *vorstaatlichen* jüdischen Gemeinwesens in Palästina (*Yishuv*) gespielt hatten, büßten sie *nach der Staatsgründung* (1948) sowie im Verlauf

der weiteren Entwicklung ihre Pionierfunktion mehr und mehr ein (Fölling & Fölling-Albers 1999).

Generell lässt sich sagen, dass man sich bei der Gestaltung von Arbeit und Leben in den Kibbutzim an dem *sozialistischen*, nach *Marx* und *Engels* sogar kommunistischen Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen“ („Kommunistisches Manifest“) orientierte. Das bedeutete: produktive körperliche Arbeit, und zwar „Selbstarbeit“, d.h. Verbot von Lohnarbeit (Ausbeutung), Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Abschaffung von privatem Eigentum, Verzicht auf Entlohnung für geleistete Arbeit, „Pioniergeist“, freiwillige Mitgliedschaft, allgemeine Egalität einschließlich Gleichstellung der Geschlechter, Solidarität, eine basisdemokratische Selbstverwaltung, gemeinsamer Konsum und nicht zuletzt ein umfassendes Konzept der Gemeinschaftserziehung in Altersgruppen durch hierfür aus dem Kreis der Kibbutzfrauen bestimmte Betreuerinnen (*metaplot*).

Die deutschsprachige Forschungsliteratur, sofern sie auch auf die *Geschichte* der Kibbutzbewegung eingeht, konzentrierte sich verständlicherweise auf die Darstellung des Mainstream zur Genese der jüdischen Kollektivsiedlungen in Palästina, die mit der zweiten Welle der zionistischen Einwanderung nach „*Eretz Israel*“ (Land Israel) eingesetzt hatte. Diese Immigration erfolgte in verschiedenen, als „*Alijot*“ (Sg. „*Alija*“) bezeichneten Phasen. Kaum berücksichtigt wurde bisher die von Gruppen der dritten Alija im Jahre 1920 gegründete zionistische Arbeitslegion „*Gdud ha-avoda*“, die erst in jüngster Zeit dank der Bemühungen von *Werner Fölling* in das Blickfeld der deutschen Kibbutzforscher gerückt ist (s. Fölling-Albers & Fölling 2000: 44–46).

## 2 Zur Vorgeschichte der Arbeitslegion „*Gdud ha-avoda*“

Die „Legion der Arbeit“ (1920) mit ca. 100 Angehörigen entwickelte sich nach Einschätzung eines israelischen Historikers „zur fortschrittlichsten Kraft in der jüdischen Arbeiterbewegung Palästinas und zum Brennpunkt revolutionärer Ideen“ (Naor 1998: 127). Diese „Legionäre“ die zunächst noch auf eine feste Ansiedlung verzichtet hatten, zogen zur Übernahme verschiedener Arbeiten in der Landwirtschaft sowie Industrie, im Straßen-, Bahnstrecken-, Hafen- und Wohnungsbau von Ort zu Ort. „Anfangs nur als Zusammenschluss zur effizienteren Arbeitsbeschaffung sowie als genossenschaftliche Vereinigung zur Senkung der Lebenshaltungskosten gedacht“ (Fölling-Albers & Fölling 2000: 44), verfolgten die Angehörigen der Legion – entsprechend den Vorstellungen des deutschen Anarchisten *Gustav Landauer* von einer sozialistischen Siedlung – die Idee einer großen Kommune mit verschiedenen Wirtschaftszweigen. Diese sollte weit größer sein als die ersten, noch relativ kleinen, kaum lebensfähigen Kibbutzim, die als „*Kvutzot*“ (Sg. „*Kvutza*“) bezeichnet wurden.

Bereits Ende 1921 kam es durch Personen aus dem Umfeld der *Kvutzot*, die sich der Legion angeschlossen hatten, zur Gründung zweier Kibbutzim, was zu Spannungen innerhalb der Bewegung und 1923 auch zur Abspaltung eines Teils der Kibbutzmitglieder von der Arbeitslegion führte. Derartige, von „Verbitterung, Feindseligkeit und Hass“ geprägten ideologischen Auseinandersetzungen sowie die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage in Palästina mit einer hohen Arbeitslosigkeit führten

schließlich dazu, dass sich die kommunistische Fraktion der Legion im Dezember 1926 abspaltete (s. Merchav 1972: 58) und spätestens im Januar 1927 ausgeschlossen wurde (so Naor 1998: 144). Die Mehrheit jedoch – ca. 600 Personen – schloss sich Ende jenes Jahres dem neugegründeten Verband „Kibbutz me’uchad“ (Vereinigter Kibbutz) an (ebd.). Die israelische Historikerin *Anita Shapira*, Autorin einer Geschichte des „Gdud ha-avoda“ (1990)<sup>2</sup>, weist darauf hin, dass die Gründer der Kvutzot wie generell die Siedler der zweiten Alija (1904–1914) vom Scheitern der Russischen Revolution von 1905 geprägt waren. Dagegen pflegten die Angehörigen der jüngeren Generation, die mit der dritten Alija (1919–1923) ins Land kamen, darunter auch die Mitglieder der Arbeitslegion, das Ethos der erfolgreichen Revolution von 1917 und hatten somit auch ein anderes, weitgehend positiveres Verhältnis zu der jungen Sowjetunion.

Die ausgeschlossenen Linken, die sich vom Zionismus losgesagt hatten, übersiedelten – was von der westlichen, also auch der deutschen und selbst der israelischen Kibbutzforschung bisher kaum zur Kenntnis genommen wurde<sup>3</sup> – beginnend mit dem Jahr 1928 in mehreren Gruppen in die „Heimat des Weltproletariats“.<sup>4</sup> „Unter dem Eindruck der Aussichtslosigkeit, in Palästina ein sozialistisches Leben zu organisieren“, hatten sie sich bei der sowjetischen Regierung nach der Möglichkeit ihrer Niederlassung in einem der neuen jüdischen Siedlungsgebiete der UdSSR erkundigt und eine zustimmende Antwort erhalten (Heller 1931: 308).

Im Russischen Reich hatten sich bis zur Oktoberrevolution nur ganz wenige der im sogenannten Jüdischen Ansiedlungsrayon (westliche Gouvernements von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer) konzentrierten jüdischen Bevölkerung in der Landwirtschaft betätigt. Bezeichnend für das Leben im Shtetl war der Typ des sich mit Handwerk und Handel irgendwie durchschlagenden „Luftmenschen“. Bereits unmittelbar nach dem Oktoberumsturz war versucht worden, die „deklassierten jüdischen Massen“ auf dem Land anzusiedeln. So kam es in den Jahren 1918/19 in Weißrussland und in der Ukraine zur Gründung von ca. 200 jüdischen landwirtschaftlichen Kommunen und Genossenschaften (Baturinski 1929: 610). Durch den Bürgerkrieg, der sich in den von Juden bewohnten Gebieten besonders gravierend ausgewirkt hatte – an die 2.000 Pogrome mit 200.000 Toten (ebd.: 614) –, wurde diese Aktion zunächst zum Stillstand gebracht.

Eine planmäßige Ansiedlung von Juden auf dem Land begann erst Ende 1924 mit der Gründung des „Komitees zur Förderung der Bodenbewirtschaftung werktätiger Juden beim Präsidium des Nationalitätensowjets des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR“ (Komitet po zemel’nomu ustrojstvu trudjaščichsja evreev pri Prezidiuma Soveta National’nostej CIK SSSR, *Komzet*) sowie im Jahr darauf mit der Gründung der „Allunionsgesellschaft zur Förderung der Bodenbewirtschaftung werktätiger Juden in der UdSSR“ (Vsesojuznoe obščestvo po zemel’nomu ustrojstvu trudjaščichsja evrejev v SSSR; *Ozet* – in der deutschsprachigen sowjetischen Literatur auch: jüdisches Siedlungswerk). Das Komitee hatte es sich zur Aufgabe gemacht, im Verlauf von zehn Jahren 100.000 jüdische Familien in eigens hierfür zu erschließenden Regionen anzusiedeln (ebd.: 618). Schwerpunkte dieses Projekts zum Aufbau nationaler jü-

discher Rayons waren zunächst Weißrussland, die Ukraine, die Krim und der Nordkaukasus, ab 1928 gezielt Birobidschan.

Die „Linksabweichler“ aus dem „Gdud ha-avoda“, die in ihrer „alt-neuen Heimat“ vornehmlich in Steinbrüchen und auf Baustellen gearbeitet hatten, konnten sich noch vor der Übersiedlung in die UdSSR – seit Ende 1926 – auf ihre geplante Tätigkeit in der Landwirtschaft vorbereiten (s. CAGBRF, 155578: 11). Als erster verließ ihr Anführer, der aus „Kleinrussland“ (der heutigen Ukraine) stammende *Mendel Elkind* (russ. Èl'kind) Palästina, und zwar im August 1927 (s. ebd.). Als Mitglied einer „Delegation palästinensischer Arbeiter, die sich zu den Oktoberfeierlichkeiten [10. Jahrestag der Revolution; G. H.] in Moskau aufhielt“, wurde er dabei auch vom Zentralen „Ozet“-Vorstand empfangen. Die Delegierten, heißt es in einer Meldung der Zeitschrift „*Tribuna*“, hätten „großes Interesse an allen Fragen der jüdischen Bodenbewirtschaftung in der UdSSR, in erster Linie an den Fragen der Kollektivierung und Vergenossenschaftlichung jüdischer Übersiedler“, gezeigt. Von Moskau aus seien sie anschließend in die entsprechenden Rayons in der Ukraine und auf der Krim gefahren (Delegacija 1927). Im Sommer 1926 war *Elkind* übrigens, ebenfalls im Rahmen einer Delegation palästinensischer Arbeiter, schon einmal in Moskau gewesen (CAGBRF 155578: 11; Gespräch des Verf. mit *Ejli Elkind*, 18.10.2002).

Am 3. Februar 1927, also noch vor *Elkinds* zweiter Reise in die Sowjetunion, hatte sich der Zentrale „Ozet“-Vorstand bereits mit einem „Antrag der palästinensischen Organisation ‚Agru‘“, einer palästinensischen „Ozet“-Dependance befasst („Gesellschaft zur Unterstützung der jüdischen Bodenbewirtschaftung in der UdSSR“). Dabei ging es um Amtshilfe „bei der Entsendung einer Delegation palästinensischer jüdischer Arbeiter und Kolonisten in die UdSSR zum Kennenlernen der jüdischen Kolonisation daselbst“ sowie „bei der Organisierung von 2-3 Pioniergruppen aus palästinensischen Arbeitern und ehemaligen ‚Chalutzim‘ [zionistische Pioniere in der landwirtschaftlichen Erschließungsarbeit; G. H.] mit dem Ziel der Gründung von Musterkollektiven in der Ukraine, dem Nördlichen Kaukasus, auf der Krim usw.“ Laut Protokoll dieser Sitzung wurde beschlossen:

„Im Falle der Organisierung einer solchen Delegation auf Initiative und auf Kosten der palästinensischen Arbeiter und Kollektivisten: diese – entsprechend ihrer Bitte – bei der Beschaffung von Einreisevisa bei der Sowjetischen Regierung zu unterstützen und ihnen zu ermöglichen, die neue jüdische Bodenbewirtschaftung in der UdSSR kennenzulernen.“

„Im Falle der Organisierung einer Pioniergruppe aus ehemaligen Sowjetischen Staatsbürgern in Palästina: diese Gruppe dahingehend zu unterstützen, bei der Sowjetischen Regierung die Erlaubnis zu erhalten, ihre Sowjetische Staatsbürgerschaft zu erneuern und in ihre Heimat zurückzukehren“ (GARF, 9438-1-35: 50 f.).

Der dem Tagungsordnungspunkt zugrunde liegende Antrag der „Agru“-Gesellschaft befindet sich nicht in den Akten. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass ihm ein entsprechendes Gesuch *Elkinds* zugrunde lag, den man ja mit seinen Kampfgefährten damals (Januar 1927) gerade aus der Legion ausgeschlossen hatte. Dies wäre eine indirekte Bestätigung der hier bereits zitierten Mitteilung von *Heller* (1931: 308), die abtrünnige „Gdud ha-avoda“-Gruppe selbst habe seinerzeit um die Möglichkeit ihrer Übersiedlung in die UdSSR nachgesucht. Auf jeden Fall ließ sich für die von

*Shapira* (1990: 201) vertretene These, die Initiative hierzu sei von sowjetischer Seite ausgegangen, bisher kein Beleg finden. Mit der Rückkehraktion, so die israelische Historikerin, sollte pro-zionistischen Tendenzen unter der jüdischen Jugend in der UdSSR wirksam Einhalt geboten werden.

Ein Beweis für *Elkind's* Aufenthalt in Moskau im Winter 1927/28 liegt auch in Form einer von ihm handschriftlich erstellten Liste mit 84 Personennamen zur geplanten Übersiedlung auf die Krim vor. Das ganz offensichtlich für die Visa-Erteilung bestimmte Dokument mit der Überschrift „Liste der Mitglieder der palästinensischen Übersiedlergruppe zur Ansiedlung auf der Parzelle Nr. 13 des Rayons Evpatorija“, unterzeichnet vom „Bevollmächtigten der Gruppe M. El'kind“, trägt das Datum „Moskau, 13.2.1928“ (GARF, 7541-1-234: 19). Die Hafenstadt Evpatorija war übrigens der letzte Aufenthaltsort Elkind's in Russland vor seiner 1919 erfolgten Ausreise nach Palästina gewesen (CAGBRF, 155578: 8). Die dem jüdischen Siedlungswerk aus staatlichen Ländereien („Fonds“) zugewiesenen Parzellen befanden sich im Steppengebiet der nordwestlichen Krim und mussten durch Brunnenbohrungen und die Errichtung von Behausungen für Mensch und Tier erst erschlossen werden.

Die Entscheidung für die Zuteilung einer Parzelle auf der Krim fiel ganz offensichtlich direkt in die Zeit von *Elkind's* Aufenthalt in der UdSSR. Bemerkenswert erscheint, dass die von ihm erstellte Liste wenige Tage nach der Entscheidung von „Komzet“ (und der kurz darauf folgenden Zustimmung von „Ozet“) für die künftige schwerpunktmäßige Förderung des Großprojekts Birobidschan entstanden ist. Das Großprojekt wurde dann am 28. März 1928 durch eine Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR bestätigt (s. Baturinski 1929: 631). Die bis zu diesem Zeitpunkt organisatorisch und finanziell vorrangig unterstützten jüdischen Siedlungsgebiete, so auch auf der Krim, verloren damit in den folgenden Jahren zunehmend an Bedeutung.

### 3 Die Kommune „Vojo Nova“ auf der Krim

Die Hauptgruppe der Übersiedler aus Palästina, darunter auch *Elkind's* Frau Marija (Mariam) und ihre beiden Söhne Uri und Ejli, kam mit einem sowjetischen Schiff im Sommer 1928 in die UdSSR (*Shapira* 1990: 201). Über ihre Ankunft veröffentlichte die Zeitschrift „Tribuna“ am 1. August 1928 unter der Überschrift „Aus Palästina in die UdSSR“ die folgende Meldung:

„In Odessa traf die palästinensische Kommune Gdud ha-avoda ein, der zur Ansiedlung die Parzelle Nr. 13 im Rayon Evpatorija zugewiesen worden war. Da die Kommune völlig mittellos ankam, erteilte der Zentrale Vorstand von OZET telegrafisch die Anweisung, ihr bis zur ersten Ernte einen Kredit zu gewähren. Die Kommune besteht aus 27 Familien“ (V central'nom 1928).

In der vorangehenden Ausgabe der „Tribuna“ vom 15. Juli 1928 ist in einer Information des Bevollmächtigten des Evpatorijaer Büros des Zentralen „OZET“-Vorstands, *Temkin*, allerdings von einer „Kommune (aus Palästina) mit 27 Personen“ die Rede, die sich auf der Parzelle Nr. 13 angesiedelt habe (*Temkin* 1928). Dies korrespondiert mit entsprechenden Daten im bisher frühesten bekannten Archivadokument mit Anga-

ben zur Wirtschaft der neu gegründeten Kommune – einem Bericht des Agronomen *M. M. Rejn* vom 5. November 1928 über „Die Ergebnisse der Arbeit von OZET auf dem Gebiet der Schafzucht im Rayon Evpatorija“, dem man entnehmen kann, dass die „Palästinenser-Kommune“ zusammen mit vier weiteren Übersiedlerkolonien dieser Region zunächst als Betrieb zur Schafzucht bestimmt worden war. Auch hier ist die Zahl der Mitglieder mit 27 angegeben (GARF, 7541-1-234: 14).

Am 15. September 1928 hatte die „*Tribuna*“ berichtet, dass den Übersiedlern aus dem Fond der Krimer „Ozet“ 1.300 ha Land für den Aufbau einer landwirtschaftlichen Kommune zur Verfügung gestellt worden sei. „Sie alle“, heißt es in dem Artikel, „hatten 7–8 Jahre in Palästina gelebt, jedoch die Hoffnung aufgegeben, sich dort einigermaßen etablieren zu können, und kommen nun in Gruppen in die UdSSR zurück“ (K., I. 1928). Dasselbe Heft der Zeitschrift enthält auch erstmals ein Foto der „Siedlung der palästinensischen Remigranten (Parzelle Nr. 13, Rayon Evpatorija auf der Krim)“ (ebd.: 9). Der Name der Kommune findet hier noch keine Erwähnung.

Detaillierte Informationen über die organisatorischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Kommune enthält ein Artikel von *Elkind* (gezeichnet mit „M. Èl’kin“), der im Juli 1929, genau ein Jahr nach dem Eintreffen der ersten Siedler auf der Krim, in der „*Tribuna*“ erschien. In dem Artikel wird auch, und zwar gleich in der Überschrift, erstmals in dieser Zeitschrift der Name der Kommune genannt – „Voja Nova“ (Èl’kin’ 1929). Dabei handelt es sich um eine Slawisierung der Esperantoform „*Vojo Nova*“ (russ. Novyj byt, dt. Neues Leben), so die seit November 1928 dokumentarisch belegte (s. GARF, 7541-1-234: 11, 14) und von *Dina Fridman*, der Tochter eines „Kommunarden“, bestätigte Eigenbezeichnung der Siedlung (Gespräch mit dem Verf. in Moskau, 29.09.02). Wörtlich heißt es in *Elkinds* Artikel:

„Die Kommune wurde vor einem Jahr von Rückkehrern aus Palästina gegründet, ehemaligen Mitgliedern des ‚Gdud ha-avoda‘ (einer großen palästinensischen Kommune mit 600-700 Mitgliedern). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die Kommune 75 Bewohner, davon sind 55 Arbeiter und 20 Kinder“ (Èl’kin’ 1929).

Im Verlauf des ersten Jahres hatten die Remigranten, worauf der Artikel ausführlich eingeht, eine effektive Landwirtschaft aufgebaut und zugleich an den Besonderheiten ihrer früheren Lebensweise festgehalten. Voller Stolz vermerkt „M. Èl’kin“:

„Die große Mehrheit der Mitglieder der Kommune sind altgediente Kommunarden mit einer fünf- bis achtjährigen Arbeitspraxis in einer Kommune (in Palästina), die über Erfahrungen in organisatorischen Fragen der kollektiven Lebensweise und Routine im kollektiven Arbeiten verfügen“ (ebd.).

*Elkind* berichtet in seinem Artikel, dass die Übersiedler aus Palästina neue Mitglieder anwarben. Im Zusammenhang damit wird betont, man habe es tunlichst vermieden, „sich als Gruppe von ‚Ausländern‘ von der Masse der jüdischen Übersiedler und der Bevölkerung der Umgebung zu isolieren“. Die „Aufnahme neuer Genossen“ sei jedoch nicht „massenhaft“ erfolgt, wie bei der damals gerade forcierten Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR, sondern aufgrund eines wohlüberlegten Auswahlverfahrens, entsprechend den Prinzipien des Gemeinschaftslebens. Sie wurde, wie der Autor betont, „schrittweise vorgenommen, und zwar auf der Basis einer praktischen

Überprüfung der Eignung eines jeden Bewerbers für das kollektive Arbeiten und Leben im Verlauf einer Probezeit“ (Ėl'kin 1929).

Die Ergebnisse des hier angesprochenen Verfahrens zur allmählichen Erweiterung der „palästinensischen“ Ausgangsgruppe spiegeln sich auch in dem relativ langsamen Anstieg der Zahl der Bewohner von „Vojo Nova“ bis Ende 1929 wider. So geht aus einem Bericht des „Vorsitzenden des Rats der Kommune M. Ėl'kind“ vom 19. November 1929 zur Vorlage beim Vertreter von „Komzet“ für die Krim-ASSR hervor, dass es zu diesem Zeitpunkt 74 Mitglieder (42 Männer und 32 Frauen) im Alter von 19 bis 36 Jahren sowie 25 Kinder von 0 bis 6 Jahren gab. Von den Mitgliedern waren 62 Übersiedler aus Palästina, während man die 12 übrigen im Verlauf jenes Jahres aus der jüdischen Bevölkerung der Umgebung angeworben hatte (s. GARF, 7541-1-284: 96). Doch zugleich konnte nicht verhindert werden, dass der verstärkte Ausbau der Wirtschaft (Schafzucht, Geflügelhaltung, Milchwirtschaft, Anbau von Getreide, Gemüse und Wein) im Jahr 1930 zu einer „massenhaften“ Aufnahme von Übersiedlern aus den westlichen Regionen der UdSSR führte (s. GARF, 7541-1-420: 106), von denen ein Großteil die Kommune jedoch nach kurzer Zeit schon wieder verließ (s. ebd.: 18). Nicht zuletzt aufgrund einer solchen „Selbstregulierung“ konnten die Spezifika dieser Gemeinschaft, so paradox das klingen mag, zunächst noch bewahrt werden.

Dass die Gründer der Kommune mit der Zuweisung von Übersiedlern nicht einverstanden waren, lässt sich der Abschrift eines Briefes *Elkinds* vom 27. April 1930 an die Vertretung von „Komzet“ in Simferopol' entnehmen. Im Zusammenhang mit der Praxis der Kreditvergabe heißt es dort rückblickend:

„Am 1. Oktober 1929 belief sich der Wert unserer Wirtschaft auf 120.000 Rubel (Aktiv), ihre Verschuldung auf 100 tausend Rubel (Passiv). Von den 100.000 Rubeln erhielten wir von Agro-Joint 43 tausend Rubel, von OZET 30 tausend Rubel, vom Kolchos-Verband und von staatlichen Institutionen 27 tausend Rubel. Zum 1.X.29 hatten wir 100 Personen oder 73 [43 ?] Familien. Somit betrug unsere Verschuldung pro Familie 3.000 Rubel, wovon auf die ‚Übersiedlungslinie‘ (KOMZET, OZET, AGRO-JOINT) 2.200 Rubel und auf andere Quellen 800 Rubel entfielen. Mit dieser Investitionssumme waren wir voll versorgt, und wir könnten auch mit weniger Krediten der Übersiedlungsorgane auskommen, wenn man uns in diesem Jahr keine neuen Übersiedler schickt. Neue Kredite erhalten wir ausschließlich für neue Übersiedler“ (GARF, 7541-1-420: 2).

Bereits zum Zeitpunkt der Niederschrift von *Elkinds* Artikel für die „Tribuna“ (Sommer 1929) war „Vojo Nova“ von Delegationen aus verschiedenen Regionen der UdSSR besucht worden, die sich über die jüdischen Kollektivsiedlungen auf der Krim informieren wollten und dabei vom vergesellschafteten Leben sowie von der prosperierenden Wirtschaft der „Palästinenser-Kommune“ beeindruckt waren. Das dort praktizierte System der Organisation der Arbeit, des Alltags und der Erziehung erfuhr zwar, verglichen mit der Arbeitslegion bzw. den Kibbutzim, unter den Bedingungen der sowjetischen Wirklichkeit einige Veränderungen, doch an den grundlegenden Prinzipien konnten die Kommunarden zunächst noch festhalten. So wurde für die geleistete Arbeit kein Lohn gezahlt, die Arbeitseffektivität jedes einzelnen wurde nicht überprüft (s. GARF, 7541-1-284: 14), und es gab auch nicht die für Kolchosen charakteristische strikte Aufteilung in Brigaden unter der Leitung von Brigadiers. „Jeder gibt

der Kommune das, wozu er fähig ist“, heißt es in einer der hier ausgewerteten Veröffentlichungen, „und jeder Kommunarde erhält das, was sein Existenzminimum sicherstellt“ (Tomilin 1930: 17).

Auch im ersten Halbjahr 1930, als die „vollständige Kollektivierung“ der sowjetischen Landwirtschaft ihren Höhepunkt erreichte und die privaten Höfe faktisch zu Gemeinschaftseigentum wurden, gelang es „Vojo Nova“, noch Züge seiner Eigenständigkeit zu bewahren. Als „vorbildlich für die Bauern in der Umgebung“, heißt es in der bereits zitierten Meldung in der Zeitschrift „*Tribuna*“,

„erweist sich folgende Tatsache: Die Frauen in der Kommune sind von der Sorge um den familiären Haushalt völlig freigestellt. Um die Kinder in der Kommune kümmern sich Kinderfrauen und Erzieherinnen, die aus dem Kreis der Mitglieder der Kommune hierfür ausgewählt wurden. Für die Kinder ist das schönste Gebäude bestimmt“ (ebd.).

Hier knüpften die Kommunarden an eine Tradition der Kibbutzim an: In der Zeit, als die Siedler dort größtenteils noch in Zelten lebten, beherbergten sie ihre Kinder aus Sicherheitsgründen in einem gemauerten Haus im Zentrum der Kolonie. Wie in den Kibbutzim waren diese vom ersten Tag an gemeinsam im Kinderhaus untergebracht (s. GARF, 7541-1-284: 15).

Auf Veranlassung des Krimer „Ozet“ wurde „Vojo Nova“ am 30. April 1930 von einer neunköpfigen „Arbeiterdelegation aus Fabriken und Betrieben“ der Region inspiziert. Im Protokoll dieser Begehung heißt es, dass „die jüdische Kommune in der Entwicklung und Stabilisierung ihrer Wirtschaft seit dem Beginn ihrer Gründung, d.h. von 1928 bis heute, Erfolge und Errungenschaften“ zu verzeichnen habe. Besonders beeindruckt waren die Delegierten von der Milchwirtschaft: Gab es bei der Gründung von „Vojo Nova“ nur sechs Rinder, so verfügte die Kommune inzwischen über 100 Milchkühe und 57 Kälber (GARF, 7541-1-284: 44). Die regelmäßige Belieferung der in der Nachbarschaft gelegenen Kurorte Evpatorija und Saki mit Milchprodukten und Gemüse stellte für die Kommune eine wichtige Einnahmequelle dar (ebd.: 44 Rücksl.; 7541-1-384: 12). Der Bericht der Arbeiterdelegation enthält auch Angaben zu Arbeitsorganisation und Arbeitsvergütung, die ganz offensichtlich auf *Elkind* selbst zurückgehen:

„Die Organisation der Arbeit erfolgt in der Kommune nach dem Arbeitsbereichssystem (cechovaja sistema), d.h. die Verteilung der Arbeit ermöglicht den Mitarbeitern der Kommune, ihre Kenntnisse in einem der Wirtschaftszweige zu vertiefen. ... Der Arbeitslohn besteht nicht aus Geld, sondern aus Naturalien, veranschlagt mit 2 Rubel und 20 Kopeken [pro Kopf und Tag; G. H.], abzüglich Zahlungen für Versicherungen, den Unterhalt chronisch Kranker sowie Urlaub“ (GARF, 7541-1-28: 44–44 Rücksl.).

Der aktuelle „Personalbestand“ wird dabei mit 160 angegeben (ebd.: 44). Angesichts der bei der Inspektion festgestellten Mängel – zu wenig Wohnraum und Stallungen, zu kleiner Speisesaal und zu kleines Kinderhaus, kein Klubraum und kein Dampfbad – wendet sich die Besuchergruppe abschließend wie folgt mit einem Appell an „Ozet“:

„Die Arbeiterdelegation, die sich davon überzeugen konnte, dass die Kommune große Perspektiven bei der Schaffung einer Musterwirtschaft hat, die in ihren Reihen über tatkräftige, der Arbeit ergebene Menschen verfügt, verdient die außerordentliche Beachtung nicht nur von



Seiten interessierter Institutionen, sondern auch der Öffentlichkeit“ (GARF, 7541-1-28: 44 Rücks.).

Diese „außerordentliche Beachtung“, die sich schon bald einstellte, sollte allerdings unerwartete Folgen haben.

Ein anschauliches Bild von der Lage der Kommune im Sommer 1930 vermittelt der österreichische marxistische Journalist *Otto Heller* in seiner Analyse des „Judenproblems“ und dessen „Lösung durch den Sozialismus“ – also nicht in Palästina, sondern in der UdSSR. In dieser deutschsprachigen Publikation heißt es wörtlich: Die Remigranten aus Palästina

„55 Leute (sie brachten zwanzig entzückende Kinder mit)“ – „warben für ihre Kommune 100 Neukolonisten an, um von den jüdischen Massen der Krim nicht isoliert zu sein. Das Verhältnis zwischen den Rückwanderern und den Neukolonisten war nicht immer ein gutes, auch jetzt noch ist eine gewisse Scheidung zwischen den zwei Gruppen zu beobachten.“

Nach „anfänglichen großen Schwierigkeiten“ nähme die Wirtschaft der Kommune nun jedoch einen „raschen Aufschwung“. „Größtes Missfallen“ bei dem Berichtersteller erregten die „Baulichkeiten“ sowie deren Möblierung.

„Hingegen war der Zustand des Kinderheims ein ausgezeichneter. Die Kinder sind dort, da es sich um eine Kommune handelt, sobald die erste Stillperiode vorbei ist, dauernd untergebracht. Die Mütter halten abwechselnd Pflegerinnendienst, außerdem haben sie selbstverständlich jeden Tag ausreichend Möglichkeit, ihre Kinder zu besuchen oder die größeren zu sich zu holen. Es zeigte sich gerade in *Woja (!) Nowa*, wie wohlütig diese Art von Lebensorganisation ist. Während die Eltern schwer arbeiten, die Unterkünfte noch beengt sind und jene Sauberkeit unter den Erwachsenen noch nicht herrschen kann, die notwendig wäre, sind die Kinder all diesen Schwierigkeiten und Fährlichkeiten entrückt. Sie sind sauber, leben abseits von allen Sorgen und Nöten ihr Kinderdasein, sind aber doch schon auf das engste verbunden mit der Gesamtheit. Sie spielen, lernen, sie erhalten auch eine viel bessere Verpflegung als die Erwachsenen. Ich habe nicht gehört, dass sich eine einzige Mutter über diesen Zustand, der ja die Aufhebung der überkommenen Form der Familie bedeutet, auch nur im leisesten beklagt hätte“ (Heller 1931: 308 f.).

#### 4 Der Beginn von Repressionen in der Kommune „*Vojo Nova*“

Die entscheidenden Veränderungen in „*Vojo Nova*“, die langfristig zur Liquidierung des Status einer Kommune führten, erfolgten im Herbst 1930. Auslösendes Moment für die Obrigkeit, sich mit dieser ungewöhnlichen Gemeinschaft näher zu beschäftigen, waren die Ergebnisse der Überprüfung durch einen ihrer Geldgeber, den bereits erwähnten „*Agro-Joint*“. Dabei handelte es sich um eine von wohlhabenden Juden, die den Zionismus ablehnten, unterstützte Tochtergesellschaft des American Jewish Joint Distribution Committee. „*Agro-Joint*“ hatte sich – in enger Kooperation mit „*Komzet*“ – der Förderung der jüdischen Bodenbewirtschaftung zunächst in der Ukraine, doch ab 1926 vor allem auf der Krim verschrieben, wo ihr ein Teil der hierfür ausgewiesenen Parzellen zur eigenverantwortlichen Nutzung und Besiedlung überlassen worden war. Auf Veranlassung der Krimer Vertretung von „*Komzet*“ hatte ein Inspektor von „*Agro-Joint*“ im Zeitraum 27. bis 31. August 1930 „*Vojo Nova*“ einer gründlichen Revision unterzogen. In seinem Untersuchungsbericht wird u.a. darauf hingewiesen,

dass „es keine erfahrenen technischen Leiter gibt. Die Kommune verfügt über eine riesige Nutzfläche von 5.000 ha [die seinerzeit zugewiesenen 1.300 ha waren später entsprechend erweitert worden; G. H.] und benötigt erfahrene und keine dilettantischen Leiter“ (GARF, 7541-1-420: 30). Beanstandet wird jedoch in erster Linie, dass man für die Kommunarden bisher keinen Arbeitslohn eingeführt habe und die Arbeit nicht nach Kategorien bewertet werde. Statt dessen erfolge eine pauschale „Festsetzung des Lohnes mit 1 Rubel 50 Kopeken pro Tag, unabhängig vom Charakter der ausgeführten Arbeit“. Diese Summe werde aber nicht an die Mitglieder ausgezahlt oder ihnen gutgeschrieben, sondern tauche nur in der Buchführung auf, um die Rentabilität des Betriebes in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu beweisen. Eine solche Praxis – so das Resümee des Inspektors einer Organisation, deren Leitung alles Sozialistische mit Argwohn betrachtete – „nimmt den Kommunarden den Antrieb zur Arbeit und führt zur Fluktuation“ (ebd.: 18, 27). Eine Aussage, die sich eigentlich nur auf die seit Anfang 1930 aufgenommenen, im kollektiven Wirtschaften unerfahrenen inner-sowjetischen Übersiedler beziehen kann. Das Protokoll dieser Untersuchung wurde am 20. September 1930 von dem inzwischen zum „Komzet“-Vorsitzenden für die Krimer ASSR avancierten *Temkin* auch der Kommune zugeleitet, verbunden mit der Aufforderung, die beanstandeten Mängel unverzüglich zu beheben. Als „besonders gravierend und prinzipiell“ wird dabei die Notwendigkeit der „richtigen Organisation der Arbeit“ bezeichnet (ebd.: 17).

Schon bald nach der Revision durch den Inspektor von „Agro-Joint“ wurde „Vojo Nova“, gemäß einer Entscheidung des Evpatorijaer Rayonkomitees der VKP(B), von einer vierköpfigen Expertenkommission unter der Leitung eines Oberinstruktors des lokalen Kolchos-Verbandes vom 4. bis zum 8. Oktober 1930 erneut eingehend untersucht.

Zu den Organen der Kommune-Verwaltung – Rat der Kommune (Sovet Kommuny), Vorstand der Kommune (Pravlenie Kommuny) und Revisionskommission (Revizionnaja Kommissija) – wird dabei kritisch angemerkt:

„Die gesamte Leitung der Kommune liegt ausschließlich in den Händen des Vorsitzenden des Vorstands [muss heißen: des Rats; G. H.] der Kommune. Die führende Rolle von Rat bzw. Vorstand bei der Leitung und Orientierung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommune ist nicht erkennbar. Alle Entscheidungen des Rats und des Vorstands der Kommune beschränken sich auf die Genehmigung von Kleinigkeiten, wie z.B. Auswahl der Leiter von Arbeitsbereichen, Vergabe einzelner Aufträge an Mitglieder des Rats und an einzelne Kommunemitglieder u.a. Die Prüfung grundsätzlicher Fragen, wie die Richtungsvorgaben für die Tätigkeit der Kommune und entscheidender Reglements für die Bereiche der Wirtschaft in einem beliebigen Zeitabschnitt oder die Richtung einer jedweden ökonomischen oder politischen Kampagne obliegt weder dem Vorstand noch dem Rat“ (GARF, 7541-1-420: 107).

Auf die hier anklingende „Allmacht“ des Kommunegründers und -leiters *Elkind* kommt der Untersuchungsbericht im Zusammenhang mit den Ausführungen über die Arbeitsorganisation noch einmal zurück. Dort heißt es:

„In allen Bereichen der Wirtschaft ist die Arbeit falsch organisiert, und der Einsatz der Arbeitskräfte erfolgt unrationell. Die Verwaltung der Kommunarden und die Kompensierung ihrer Arbeit ohne Berücksichtigung der Qualität, Quantität und Qualifikation führt bei den Kommunarden dazu, dass sie sich für die geleistete Arbeit nicht verantwortlich fühlen. Das

Bestreben der Kommunarden, lediglich Aufgaben zu erledigen, ohne Eigeninitiative und ohne offene gesunde Kritik an den Aktivitäten des Vorstands hatte eine Konzentration aller wirtschaftlichen Fäden der Kommune allein in den Händen des Vorsitzenden [des Rats; G. H.] der Kommune zur Folge ... Andererseits wird durch die völlige Konzentration des Wirtschaftslebens in den Händen allein des Vorsitzenden des Rats der Kommune jedwede Initiative von Seiten nicht nur der gewöhnlichen Kommunarden, sondern auch der Mitglieder von Rat und Vorstand der Kommune gelähmt. Eine Kommune, bei der es sich um die höchste Form eines sozialistischen landwirtschaftlichen Betriebs handelt, sollte fortwährend Kader von Organisatoren und Leitern für Übersiedler- und andere Kolchosen schmieden“ (ebd.: 116 f.).

Ausführlich widmet sich der Untersuchungsbericht jenen Problemen, die sich aus der überstürzten „Komplettierung“ von „Vojo Nova“ durch „Komzet“ im Verlauf der vorangehenden Monate ergeben hatten. Die dabei angesprochenen Aspekte verdeutlichen das Bemühen der Kommunarden um eine selbständige Weiterentwicklung ihrer auf eigener Arbeit und Gleichheit begründeten kollektiven Siedlung und, verbunden damit, deren Festhalten an dem in Palästina eingeschlagenen Weg des Aufbaus einer „nationalen jüdischen Heimstätte“ in nuce mit Hebräisch (*Ivrit*) und nicht Jiddisch als Umgangssprache. Das in dem Bericht erwähnte „wirtschaftliche Wachstum der Kommune“ durch ständige „Zuführung neuer Arbeitskräfte aus dem Kreis der Übersiedler“ wird dagegen kaum im Sinne *Elkinds* und seiner Mitstreiter gewesen sein. Der entsprechende Abschnitt „Über die Kontingente“ (O kontingentach) lautet eingangs wie folgt:

„Die Kommune ‚Vojo Nova‘ unterscheidet sich von anderen durch ihre Zusammensetzung; sie besteht aus jungen, tatkräftigen Kommunarden, die 1928 die Ebenen Palästinas verlassen hatten und in die UdSSR gekommen waren, um mit eigenen Händen eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen. Die idealistische Orientierung der Kommunarden hatte Einfluß auf alle wirtschaftlichen Maßnahmen bis hin zu der Weigerung, zum Leistungsprinzip (*proizvodstvenno-trudovoj* prinzip) überzugehen, weil man befürchtete, damit das immer noch geltende Prinzip der Gleichheit zu verletzen. Als die Kommunarden mit dem Aufbau ihrer Wirtschaft begannen, waren sie ganz von dem Wunsch erfüllt, den landwirtschaftlichen Betrieb ausschließlich durch eigene Arbeit zu entwickeln. Da ein wirtschaftliches Wachstum der Kommune jedoch ohne Zuführung neuer Arbeitskräfte aus dem Kreis der Übersiedler nicht vorstellbar ist, zumal die Kommune selbst nicht über genügend Arbeitskräfte verfügt, erwies sich der Kontakt der neuen Übersiedler zu den alten Kommunarden in der Praxis als schwierig, wobei ein behutsames und wohlüberlegtes Vorgehen erforderlich ist. Die neuen Übersiedler hielten die in der Kommune bestehende Ordnung aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht aus, und nach kurzer Zeit verließen sie die Kommune ohne jedes Bedauern. Die Anwerbung ausschließlich junger Übersiedler durch die Kommune und Komzet hat sich in der Praxis nicht bewährt, und das Bemühen der Kommune um mehr Arbeitskräfte ohne zu versorgende Kinder erwies sich als lebensfremd, da die Mehrzahl der eingetroffenen jungen Leute es in der Kommune nicht lange aushielt“ (ebd.: 117).

Für den „hohen Prozentsatz an Abgängern unter den neuen Übersiedlern in der Kommune (ca. 60 Prozent)“ wird „eine ganze Reihe sozialer und alltagsbedingter Ursachen“ verantwortlich gemacht: erstens „das anomale gegenseitige Verhältnis zwischen alten und jungen Kommunarden, was durch das völlige Fehlen einer breit angelegten Kulturarbeit unter ihnen, aber auch durch die Abschottung und zugleich den Zusammenhalt der alten Kommunarden bedingt ist“; zweitens „die geringe bzw. sogar völlig

fehlende Teilnahme des Vorstands der Kommune und der Gesamtheit der Kommunarden am Prozeß der Gewöhnung der neuen Übersiedler an die landwirtschaftliche Arbeit, im Erweisen praktischer Hilfe bei der Überwindung von Schwierigkeiten auf dem neuen Weg der Produktion“; drittens „die vorgeschriebene 3–5monatige Probezeit bis zur Aufnahme eines neuen Übersiedlers als Vollmitglied der Kommune“, was „Antagonismus und Ungleichheit unter den Kommunarden bewirkt“; viertens „die Unterhaltung untereinander auf Hebräisch (na drevne-evrejskom jazyke) in Gegenwart der neuen Übersiedler, die diese Sprache nicht verstehen“, was bei letzteren „zu Unzufriedenheit und Mißtrauen führt“ und „natürlich von fehlender Achtung und fehlendem kameradschaftlichem Umgang von Seiten der alten Kommunarden gegenüber den neuen Übersiedlern zeugt“; fünftens „das Fehlen des Prinzips der Staffelung der Einkünfte entsprechend dem Merkmal der Produktionsarbeit sowie das Fehlen jedweder Kompensation für die Arbeit der Kommunarden“, was „erfordert, Entbehrungen zu ertragen, vor denen der neue Übersiedler zurückschreckt und auf die er sich nicht einlassen will“; sechstens „die vielfältigen Möglichkeiten des Einsatzes junger Leute in der Industrie“, die „den Übersiedler von den schwierigen und anomalen Bedingungen des Verbleibs in der Kommune befreien“ (ebd.: 118).

Und weiter heißt es in dem Untersuchungsbericht: „Ganz entscheidend“ für die Überwindung dieser Schwierigkeiten sei

„der unverzügliche Übergang der Kommune zum Leistungsprinzip, das die Qualität, die Quantität der Arbeit und die Qualifikation für diese berücksichtigt. Die Nivellierung der Bedürfnisse der Kommunarden, unabhängig von der Qualität und der Quantität ihrer Arbeit, erweist sich in der gegenwärtigen Etappe der Errichtung von Kolchosen als schädlich, was zum Verfall der Arbeitsdisziplin und zu einer niedrigen Produktivität der Arbeit führt. Zwecks künftigen gesunden Wachstums der Kommune durch Aufnahme neuer Übersiedler ist dem Vorstand der Kommune vorzuschlagen, eine erzieherische Arbeit unter den Kommunarden in bezug auf einen behutsamen und kameradschaftlichen Umgang mit den neuen Mitgliedern der Kommune durchzuführen und auf diese Weise die oben aufgezeigten Unzulänglichkeiten zu überwinden“ (ebd.).

So überrascht es nicht, dass in der Rubrik „Schlussfolgerungen und Vorschläge“ „Komzet“ geraten wird, die weitere Komplettierung der Kommune in erster Linie durch Übersiedler mit Familien vorzunehmen, während der Administration von „Vojo Nova“ dringend empfohlen wird, unverzüglich die Zahlung von Arbeitslohn einzuführen, und zwar auf der Grundlage der – bereits in einer anderen landwirtschaftlichen Kommune der Region praktizierten (s. P., M. 1930) – „fünfstufigen Tariftabelle mit der Korrelation 1:2“. Weiter wird angeraten, auch „die Probezeit für neue Übersiedler abzuschaffen, die in der Praxis zu deren Ausbeutung geführt hat, das einem Verstoß gegen die Arbeitsgesetze und einer direkten Abweichung von der Politik der Partei sowie einer künstlichen Verzögerung des Wachstums der Organisation von Kolchosen“ gleichkommt (GARF, 7541-1-251: 122).

Eine besonders gravierende „Abweichung von der Politik der Partei“ stellte zweifellos auch die dem Untersuchungsbericht zu entnehmende Weigerung der Kommune dar, am sozialistischen Wettbewerb teilzunehmen. Dieses 1929, d.h. in der Zeit des 1. Fünfjahrplans und der Kollektivierung der Landwirtschaft, eingeführte Verfahren zur

Steigerung der Arbeitsproduktivität (Wettbewerb zwischen einzelnen Abteilungen und ganzen Betrieben) sei in „Vojo Nova“ bisher nicht angewandt worden. Zur Leitung des sozialistischen Wettbewerbs gäbe es dort zwar einen Stab, der jedoch untätig geblieben sei. So habe eine andere Kollektivwirtschaft die Kommune im Zusammenhang mit der bevorstehenden Herbstaussaat zum sozialistischen Wettbewerb aufgefordert, doch ein entsprechender Vertragsabschluß sei nicht zustande gekommen, und die Kommune habe sich mit dem Betrieb nicht in Verbindung gesetzt, obwohl die schriftlich erfolgte Aufforderung zunächst angenommen worden sei. Andererseits habe „Vojo Nova“ selbst eine benachbarte jüdische Kommune („Grjaduščij Mir“) zum sozialistischen Wettbewerb aufgefordert; aber auch hier sei es weder zu einer vertraglichen Vereinbarung noch zu einer Kontaktaufnahme gekommen, und die Aufforderung habe der Vollversammlung nicht zur Stellungnahme vorgelegen (ebd.: 112). Dagegen wird in einer vier Tage nach Abschluss dieser Untersuchung in der Zeitung „*Kollektivist*“ erschienenen Meldung („Kommune Vojo Novo [!] voran. Aussaatplan fristgerecht erfüllt“) berichtet, dass die Kommune die Herbstaussaat erfolgreich durchgeführt und sogar früher abgeschlossen habe, als dies mit „Grjaduščij Mir“ vertraglich vereinbart gewesen sei. Die Pressenotiz, vor allem deren abschließende Bemerkung – „Die erfolgreiche Durchführung der Aussaat führten die Kommunarden ausschließlich auf die Stoßarbeit (udarničestvo)“ zurück (S., M. 1930), eine damals propagierte Methode des sozialistischen Wettbewerbs, liest sich wie eine Richtigstellung der Ergebnisse der gerade erfolgten Untersuchung der Kommune und geht wohl auf diese selbst zurück.

In dem Untersuchungsprotokoll wird ferner festgestellt, dass es in der Kommune sieben Parteimitglieder und 18 Komsomolzen gibt. Angesichts dieser als „unbedeutend“ bezeichneten „Schicht der Parteimitglieder (partijnaja proslojka) unter den Kommunarden“ (GARF, 7541-1-420: 106) ist es folgerichtig, dass sich die Leitung des Evpatorijaer Rayonkomitees der VKP(B) nach dieser von ihm veranlassten Inspektion speziell mit der Arbeit der Parteizelle von „Vojo Nova“ befasst hat. Darüber berichtete der „*Kollektivist*“ in der Ausgabe vom 4. November 1930 unter der Überschrift „Gegen nationale Abschottung“. In dem Artikel wird der Parteizelle vorgeworfen, sie sei nicht in der Lage gewesen, die „Aktivität der Massen“ anzuleiten, habe dem „Antagonismus zwischen den alten Kommunarden und jungen Übersiedlern“ sowie dem dabei zutage getretenen „nationalen Chauvinismus“ nicht Einhalt geboten und stelle im Grunde genommen eine „nationale jüdische Zelle“ dar. Das Rayonkomitee legt ihr nahe, die nun auf sechs Monate bezifferte Kandidatenzeit wie überhaupt den „Bürokratismus (volokita) um die Aufnahme neuer Mitglieder unverzüglich abzuschaffen“. Darüber hinaus wird die Parteizelle von „Vojo Nova“ aufgefordert, „sich mit den Übersiedlerkolonien in der Nachbarschaft eng zu verbünden“ und die „kulturell-politische Arbeit unter den Frauen“ voranzubringen. Außerdem mahnt das Rayonkomitee den Übergang zum Leistungsprinzip der Entlohnung an (Protiv 1930).

Auf die „nationale Abkapselung“ der Parteizelle der Kommune „Vojo Nova“ von den sie umgebenden Siedlungen kam auch der Vorsitzende des Evpatorijaer Rayonkomitees der VKP(B), „Gen. Voronin“, in seinem Referat auf der 17. Rayonparteikonferenz (Mitte November 1930) zu sprechen. Laut Bericht der Zeitung „*Kollektivist*“ habe dieser im Zusammenhang mit der Beobachtung von „Erscheinungen eines loka-

len nationalen Chauvinismus“ in einigen deutschen und jüdischen Siedlungen ausgeführt, der Sekretär der Parteizelle von „Vojo Nova“, vom Rayonkomitee „auf Anomalitäten in der Arbeit der Zelle angesprochen, hatte versucht, eine Resolution durchzusetzen, in der das Rayonkomitee der ‚linken‘ Abweichung, der unzureichenden Berücksichtigung nationaler Besonderheiten, beschuldigt wurde. Die Versammlung der Zelle lehnte eine solche Beschuldigung ab“ (Očerednye 1930).

In der Diskussion von *Voronins* Referat wurde der beschuldigte Parteisekretär der Kommune, „Gen. Bobrov“, von mehreren Delegierten hart attackiert. Bei *Bobrov* handelte es sich übrigens weder um einen „Palästinenser“ noch um einen innersowjetischen Übersiedler, sondern um einen Funktionär, der im Herbst 1929 ganz offensichtlich zum Aufbau einer kommuneeigenen Parteizelle nach „Vojo Nova“ entsandt worden war (s. GARF, 7541-1-284: 103). Bereits im Juni 1929 hatte er als Mitglied des Evpatorijaer Rayonkomitees die Delegation einer Moskauer Luftwaffenbrigade in die Kommune begleitet und dabei eingestanden, dass dieser von Seiten der Partei „bisher keinerlei Beachtung geschenkt worden“ sei (s. ebd.: 15).

Die Delegierten der Rayonparteikonferenz erhoben den Vorwurf, so die Information darüber im „*Kollektivist*“, „Vojo Nova“ habe sich der „Erweiterung der Kommune durch die dort als Tagelöhner beschäftigten armen Bauern und Landarbeiter anderer Nationalitäten strikt widersetzt“, was *Bobrov* mit dem Hinweis zu entkräften versuchte, dass „die für Übersiedler bestimmten Kredite dann nicht ordnungsgemäß verwendet würden und die Aufnahme von Bauern, die wirtschaftlich erfahrener sind als die Übersiedler, zu einer Zunahme des Antisemitismus führen könne“. Daraufhin wurde *Bobrov* geantwortet, „seine Position sei nichts anderes als nationale Borniertheit“, während ein anderer Redner die Motive für die Weigerung, „einige Mitglieder aus anderen Nationalitäten aufzunehmen, die faktisch in der Kommune arbeiten und dort auch gebraucht werden“, als „völlig inakzeptabel“ bezeichnete. Die Äußerung eines weiteren Delegierten, die Parteizelle von „Vojo Nova“ stehe unter dem „Einfluß nationalistischer zionistischer Elemente“ (Prenija 1930), zielte ganz offensichtlich auf *Elkind*, dessen Position in der Kommune nach drei Monaten Überprüfungen und Angriffen zunehmend gefährdet war.

## 5 Zum Schicksal der ‚alten‘ Kommune „Vojo Nova“

So ist es nicht verwunderlich, dass „ein Teil der alten Kommunarden“ im Verlauf des Jahres 1931 „Vojo Nova“ verließ (Asin 1932), darunter auch *Elkind* mit seiner Familie. Laut Zeugnis des Sohnes von *Elkind*, Ejli, konnten sie zunächst bei Freunden in Evpatorija unterkommen (Gespräch mit dem Verf., 18.10.2002). *Elkind* selbst hat noch eine Zeit lang in der Kommune gearbeitet, war allerdings bereits Ende 1930 oder Anfang 1931 als Ratsvorsitzender abgelöst worden. Aus einer Pressenotiz geht jedoch hervor, dass „Gen. El’kind (Kommune ‚Vojo Nova‘)“ am 12. Februar 1931 auf dem 1. Evpatorijaer Rayonkongreß der Kolchosen in die *Revisionskommission* des Rayon-Kolchosenverbandes gewählt wurde (Rukovodjaščij 1931).

Auch von den 1931 in die Kommune gekommenen Übersiedlern blieb dort nur eine Minderheit – 38 von 155 Junggesellen und 15 von 21 Erwachsenen mit Familie (s.

Asin 1932), doch 1932 zeichnete sich eine gewisse Stabilisierung ab. Die Zahl der Mitglieder sowie die der zu versorgenden „Mittesser“ stieg wieder an. Im Mai 1933 wurden dem Kolchosverband 50 „rund um die Uhr betreute“ Kinder gemeldet (GARF, 9498-1-253: 18). Im Rahmen der „Elektrifizierung“ der Krim schloss man „Vojo Nova“ an das Stromnetz und später auch an das Telefonnetz an, und unter wiederholt wechselnden Leitern wurde weiterhin eine mustergültige Landwirtschaft mit wachsenden Viehbeständen und überdurchschnittlichen Erträgen betrieben. So hieß es am 29. November 1932 im „*Kollektivist*“, bezüglich der mittleren Milchleistung habe „Vojo Nova“ gerade Kanada über- und „Weltmeister“ Deutschland eingeholt (Maslenskij, Polej & Berezovskaja 1932). Dabei hatte man sich inzwischen den mehrfach monierten Auflagen gebeugt und Leistungslohn sowie Akkordarbeit eingeführt, die Pläne erfüllt und sich rege am sozialistischen Wettbewerb im Pflügen, Säen, Hacken und Ernten beteiligt, worüber die Zeitungen damals täglich auf der ersten Seite berichteten. Gelegentlich informierte der „*Kollektivist*“ über Verstöße gegen die „neue sozialistische Lebensweise“ in der Kommune, so am 30. August 1932, als dort ein Leserbriefschreiber „Gleichmacherei“ aufdeckte – unabhängig von der absolvierten Arbeitsleistung und damit gegen alle Bestimmungen, die den Alltag in den Kolchosen regelten, bekämen die Mitglieder von „Vojo Nova“ im Speisesaal dasselbe Essen serviert, und an „Bestarbeiter“ gäbe man keinerlei Sonderrationen wie Brot und Schafskäse aus (Konsul'tacija 1932). Schließlich wurde die Kommune im Jahre 1933 zu einer – nicht mehr ausschließlich von Juden geführten (s. Shapira 1990: 201) – gewöhnlichen sowjetischen Kollektivwirtschaft.

*Elkind* selbst blieb nach Verlassen von „Vojo Nova“ noch etwa zwei Jahre lang auf der Krim und war auf Staatsgütern (Sovchosen) in den Rayons Sevastopol' und Simferopol' tätig (CAGBRF, 155578: 13). Im Sommer 1933 jedoch übersiedelte er mit seiner Familie nach Moskau, wo er zunächst in einem landwirtschaftlichen Zuchtbetrieb in der Nähe der Hauptstadt arbeitete (ebd.) und ab 1935, wie zuvor bereits andere „Palästinenser“ aus „Vojo Nova“, in den Kaganovič-Kugellagerwerken, einem der neuen sowjetischen Großbetriebe, und zwar in der Planungsabteilung (ebd.: 29). Gleichzeitig hatte er bereits 1933 am Moskauer Molotov-Institut für die Mechanisierung der sozialistischen Landwirtschaft (Fachrichtung Elektrifizierung) ein Abendstudium aufgenommen (s. Studienbuch *Elkinds* 1933-1937 im Besitz seines Sohnes Ejli).<sup>5</sup>

Laut *Shapira* (1990: 203) wurde *Elkind* Mitte 1938 in Moskau der Spionage bezichtigt und verhaftet. Zunächst war man in der Historiographie der jüdischen Siedlungsbewegung in Palästina davon ausgegangen, dass er zum Tode verurteilt und erschossen wurde und ihn damit ein ähnliches Schicksal ereilte wie z.B. *Zwi Colton*, Mitglied der Palästinensischen Kommunistischen Partei, der 1936 von den Briten ausgewiesen und 1938 in der Sowjetunion hingerichtet worden war (s. Merchav 1972: 64, 79). *Shapira* (1990: 204) favorisierte allerdings die These, dass *Elkind* nicht zum Tode, sondern zu einer Haftstrafe verurteilt worden und „gegen Kriegsende im Krankenhaus eines sibirischen Lagers an Lungenentzündung gestorben“ sei. Eine entsprechende Anfrage des Verfassers an das Zentrale Archiv des Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (über das Moskauer Zentrum „Memorial“) wurde am 30.08.2001 im

Sinne der Information von *Merchav* beantwortet, und zwar mit Verweis auf folgende Akte:

„Strafsache Èl'kind, Mendel' Solomonovič, geb. 1897<sup>6</sup> in der Stadt Berislav, Gebiet Cherson (bis zur Festnahme – Student des Moskauer Instituts für die Mechanisierung der Landwirtschaft), am 2. Dezember 1937 verhaftet und am 19. Februar 1938 vom Militärkollegium des Obersten Gerichtshofs der UdSSR zum Tode durch Erschießen verurteilt. Dieses Urteil wurde an demselben Tag in Moskau vollstreckt. Durch Beschluß des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofs vom 4. November 1958 wurde M. S. Èl'kind rehabilitiert.“

Ein beigegefügtes Foto des Verhafteten aus dieser Akte zeigt große Ähnlichkeit mit einer bereits von *Naor* (1998: 148) publizierten Aufnahme: „Menachem Elkind mit seiner Familie“. Der von *Shapira* bekannt gemachten Version (Ableben in einem Lager aufgrund einer Krankheit) liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit eine entsprechende amtliche Bescheinigung mit unzutreffenden Angaben zugrunde, wie sie Angehörigen hingerichteter „Volksfeinde“ in den Nachkriegsjahren von sowjetischen Standesämtern, die dem Staatssicherheitsdienst unterstanden, ausgestellt wurden.

Die mir durch *Ejli Èl'kind* im Herbst 2002 ermöglichte Einsicht in die Verfolgungsakte seines Vaters ergab neue Erkenntnisse zur Biographie dieses ungewöhnlichen Menschen, aber auch zu seiner Repression im „Jahr des Großen Terrors“. Daraus geht hervor, dass man ihn der Spionage für Großbritannien beschuldigt hatte: 1927 sei er in Palästina vom britischen Geheimdienst angeworben worden und in der Folgezeit habe er „hundert ehemalige Zionisten“ ganz gezielt als Spione in die UdSSR überführt (CAGBRF, 155578: 19). Außer *Elkind* wurden auch noch andere Kommunarden aus den Moskauer Kugellagerwerken zum Tode verurteilt und erschossen (*Dina Fridman* gegenüber dem Verf., 28.09.2002).

Das Projekt „Vojo Nova“ war, so könnte man resümieren, von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Seine Gründung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Landwirtschaft in der Sowjetunion bereits Kurs auf die zwangsweise Kollektivierung genommen hatte, was einer Pervertierung des auf Freiwilligkeit beruhenden Kommune-gedankens gleichkam. Darüber hinaus gerieten die hochmotivierten, im kollektiven Leben und Arbeiten erfahrenen „Legionäre“ aus Palästina aufgrund ihrer bald erfolgten Eingliederung in das sowjetische Programm der „Förderung der Bodenbewirtschaftung werktätiger Juden“ und die damit verbundene Aufnahme unmotivierter, an jedwedem Sozialismus desinteressierter und in der Landwirtschaft weitgehend unkundiger Übersiedler aus den westlichen Regionen der UdSSR in einen kaum lösbaren Konflikt. So hat *Shapira* (1990: 201) sicher Recht, wenn sie schreibt, dass die Gründer einer „großen Kvtza“, die auf Freiwilligkeit und allgemeiner Egalität beruhte, deren Mitglieder „untereinander Hebräisch sprachen und auch ihre Kinder in dieser Sprache unterrichten wollten“, dem sowjetischen Regime „vom ersten Tag an politisch verdächtig waren“. Inwiefern diese „große Kvtza“ jedoch, wie die Historikerin in diesem Zusammenhang weiter ausführt, auch „auf demokratischen Prinzipien beruhte, sich von unten nach oben organisierte und ihre Leiter und Verwalter selbst wählte“ (ebd.), lässt sich aufgrund der neu erschlossenen Quellen mehr als bezweifeln. Starke, charismatische Führernaturen haben mit der Akzeptanz einer wirklichen Selbstverwaltung bekanntlich ihre Schwierigkeiten.



## Anmerkungen

1. Bei der Transkription der hebräischen Schrift wird hier die im Englischen bzw. Amerikanischen übliche Schreibweise verwendet, die sich in der deutschsprachigen Forschungsliteratur durchgesetzt hat – somit auch „Kibbutz“ statt (lt. Duden) „Kibbuz“.
2. Für die Übersetzung der hier wiedergegebenen Zitate aus dem Buch von *Anita Shapira* bedanke ich mich bei *Shifra Kuperman* (Basel).
3. Die entsprechende Abstinenz *israelischer* Historiker lässt sich eigentlich nur damit erklären, dass es sich bei den Angehörigen des linken Flügels des „*Gdud ha-avoda*“ um Abtrünnige handelte, die keine weitere Beachtung verdienen.
4. Für die nachfolgenden Ausführungen konnten die „Ozet“-Zeitschrift „*Tribuna evrejskoj sovetskoj obščestvennosti*“ (Tribüne der jüdischen sowjetischen öffentlichen Meinung), die Evpatorijaer Tageszeitung „*Kollektivist*“ sowie die Archive von „Komzet“ und „Ozet“ ausgewertet werden. Benutzernachweise der entsprechenden Aktenbestände, die sich im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) in Moskau befinden (Nr. 7541, 9498), erlauben den Schluss, dass sich mit dem jüdischen Siedlungswerk der 20er und 30er Jahre in der UdSSR und speziell mit der damals erfolgten Rückkehr von „Palästinensern“ bisher noch niemand grundlegend beschäftigt hat.
5. Die bei *Shapira* (1990: 203) gemachten Angaben zu *Elkinds* Lebensweg nach Verlassen der Kommune – Übersiedlung zunächst nach Leningrad und später nach Moskau, dort Beschäftigung als Redakteur in dem jiddischen Verlag „Emes“ (Die Wahrheit) – erwiesen sich als nicht zutreffend.
6. Das Geburtsjahr 1897 ist dokumentarisch belegt. Bisher galt: 1899 – so *Merchav* (1972: 58).

## Literatur/Archive

- Asin (1932). Slovo za šefom. (Krym, kommuna Voja [!] Nova) [Das Wort hat der Pate. (Krim, Kommune Voja (!) Nova)]. *Tribuna* (Moskva), (5–6), 20.
- Baturinski, D. (1929). Die Landansiedlung der werktätigen Juden in der Sowjetunion. *Agrarprobleme* (Moskau), Bd. 2, (3/4) [1930], 610–640.
- CAGBRF – Central’nyj archiv gosbezopasnosti Rossijskoj Federacii [CAGBRF – Das zentrale Archiv für Staatssicherheit der Russischen Föderation]. Moskau.
- Delegacija palestinskich rabočich v Ozete [Eine Delegation palästinensischer Arbeiter bei Ozet]. (1927). *Tribuna* (Moskva), (1–2), 26.
- El’kin, M. (1929). Kommuna „Voja (!) Nova“ [Die Kommune „Voja [!] Nova“]. *Tribuna* (Moskva), (13), 25.
- Fölling, W. & Fölling-Albers, M. (Eds.). (1999). *The Transformation of Collective Education in the Kibbutz. The End of Utopia?* Frankfurt a.M.: Lang.
- Fölling-Albers, M. & Fölling, W. (2000). *Kibbutz und Kollektiverziehung. Entstehung – Entwicklung – Veränderung*. Opladen: Leske + Budrich.
- GARF – Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii [GARF – Das Staatsarchiv der Russischen Föderation]. Moskau.
- Heinsohn, G. (1982). Einleitung des Herausgebers. In G. Heinsohn (Hrsg.), *Das Kibbutz-Modell. Bestandsaufnahme einer alternativen Wirtschafts- und Lebensform nach sieben Jahrzehnten* (S. 7–16). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heller, O. (1931). *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage – Ihre Kritik – Ihre Lösung durch den Sozialismus*. Wien: Verlag für Literatur und Politik.
- K., I. (1928). Čto rasskazyvajut palestinskie reëmigranty. (Ot našego Odesskogo korrespondenta) [Was erzählen die Remigranten aus Palästina. (Von unserem Odessaer Korrespondenten)]. *Tribuna* (Moskva), (18), 22.
- Konsul’tacija „Kollektivista“. (1932). (Anfragen an die Zeitung „Kollektivist“). *Kollektivist* (Evpatorija). (202), 30.08., 2.

- Maslenskij, Polej & Berezovskaja (1932). Životnovodstvo – vernyj put' povyšenija dochodnosti kolchoza i kolchoznika (Viehzucht – ein sicherer Weg, die Rentabilität des Kolchoses und des Kolchosbauern zu steigern). *Kollektivist* (Evpatorija). (276), 29.11., 2.
- Merchav, P. (1972). *Die israelische Linke. Zionismus und Arbeiterbewegung in der Geschichte Israels*. (Übers. aus dem Engl.). Frankfurt a.M.: Europäische Verlags-Anstalt.
- Na konferencii OZET. Est' sdvig v rabote [Auf der OZET-Konferenz. Es gibt Fortschritte in der Arbeit]. (1930). *Kollektivist* (Evpatorija). (153), 03.12., 3.
- Naor, M. (1998). *Eretz Israel. Das 20. Jahrhundert*. (Übers. aus dem Hebr.). Köln: Könemann.
- Očerednye zadači partorganizacii. Doklad tov. Voronina [Die wichtigsten Aufgaben der Parteiorganisation. Referat des Genossen Voronin]. (1930). *Kollektivist* (Evpatorija). (144), 17.11., 1.
- P., M. (1930). Kak organizovat' trud v kolchozach. Ispol'zuem opyt drugich kommun. Sdelščina v kolchozach. [Wie soll die Arbeit in den Kolchosen organisiert werden? Wir nutzen die Erfahrung anderer Kommunen. Akkordarbeit in Kolchosen]. *Kollektivist* (Evpatorija). (8), 04.03., 3.
- Prenija na doklad tov. Voronina [Diskussion des Referats von Genosse Voronin]. (1930). *Kollektivist* (Evpatorija). (145), 18.11., 1.
- Protiv nacional'noj zamknutosti [Gegen nationale Abschottung]. (1930). *Kollektivist* (Evpatorija). (136), 04.11., 2.
- Rukovodjaščij sostav rajkolchozsojuza [Der Leitungsstab des Rayon-Kolchosverbands]. (1931). *Kollektivist* (Evpatorija). (34), 13.02., 3.
- S., M. (1930). Kommuna Vojo-Novo (!) vpered'. Plan seva vypolnen v srok [Kommune Vojo-Novo (!) voran. Aussaatplan fristgerecht erfüllt]. *Kollektivist* (Evpatorija). (117), 12.10., 3.
- Shapira, A. (1990). *Walking along the Horizon* (eigentl.: *Visions in Conflict*; hebr.). Tel Aviv.
- Temkin, A.G. (1928). Na Evpatorijskich fondach Ozeta [Auf den Evpatorijaer OZET-Ländereien]. *Tribuna* (Moskva). (12), 10.
- Tomilin, V. (1930). Živoj agitator. Kommuna „Vojo Novo (!)“ [Ein lebendiger Agitator. Die Kommune „Vojo Novo (!)“]. *Tribuna* (Moskva). (16), 17.
- V central'nom pravlenii OZET [Im Zentralen OZET-Vorstand]. (1928). *Tribuna* (Moskva). (13), 17.